Werte Damen und Herren!

Voriges Jahr im November wurden in Paris mehrere Terroranschläge durch Islamische Extremisten verübt. Bei diesen Terroranschlägen kamen vollautomatische Waffen – Sturmgewehre und Sprengstoff zum Einsatz. Es kamen mehr als 130 Menschen um das Leben.

Drei Tage nach diesen traurigen Vorkommnissen wurde von Ihnen – der EU Kommission Vorschläge zur Verschärfung der Waffenrichtlinie der Öffentlichkeit präsentiert. Unter anderem das Verbot bestimmter halbautomatischer Waffen, Befristung von Erlaubnissen, medizinische Untersuchungen von Waffenbesitzern und andere ebenfalls nicht nachvollziehbare Maßnahmen.

Diese Maßnahmen wurden mit der Erhöhung der Sicherheit nach den Terroranschlägen und zur Vermeidung weitere Terroranschläge begründet.

Ich kann leider nicht nachvollziehen was Ihre angedachten Maßnahmen mit der Verhinderung von Terroranschlägen zu tun haben.

Bei den bei diesen Taten verwendeten Waffen handelt es sich um Kriegswaffen der Kat. A die bereits jetzt verboten sind. Der Besitz von Sprengstoff ist ebenfalls verboten.

Wie nun langsam durch die Recherchen von Journalisten bekannt wurde, stammen die bei diesen Anschlägen verwendeten Waffen und Sprengstoffe (ORF Sendung vom 27.1.2016 ) aus Frankreich.

Diese Waffen wurden von kriminellen bzw. terroristischen Organisationen von Marseille nach Brüssel in den Stadtteil Molenbeck geschmuggelt. Von Molenbeck aus wurden Sie dann nach Paris bzw. in andere Orte in Frankreich gebracht und zu den kriminellen bzw. terroristischen Anschlägen verwendet.

Interessant sind auch die Aussagen von ehem. französischen Geheimdienstmitarbeitern, das auch ein Strom illegaler Waffen aus Bosnien nach Deutschland und dann nach Brüssel fließt. In Bosnien hat sich in den letzten Jahren eine Art Moslemische Salafistische Enklave gebildet, aus der zahlreiche Kämpfer zum IS nach Syrien reisen.

Noch bedenklicher stimmt mich die Tatsache, dass Behörden in Frankreich, Deutschland und Belgien von diesen Vorgängen wussten.

Warum wurde gegen diese Vorgänge nichts unternommen, offenbar ist man sich bei den zuständigen Behörden über das Gefahrenpotential der beteiligten Personen bewusst.

Leider dürfte aber die Herkunft und die Religion dieser Personeneine große Rolle spielen, ob gegen diese terroristischen und kriminellen Gruppen vorgegangen wird. Es handelt sich fast nur um Personen mit Migrationshintergrund, sowie um Moslems. Wird wegen einer übertriebenen politischen Korrektheit oder Furcht vor der Rassisten- und Nazikeule des links Linken Establishments nichts unternommen?

Hat man Angst mit Diskriminierungsvorwürfen konfrontiert zu werden.

Versteckt sich die Polizei oder die Strafverfolgungsbehörden hinter der „Verhältnismäßigkeit“, warum gegen ein paar Personen polizeiliche Maßnahmen ergreifen um dann längere Zeit die Verhältnismäßigkeit in den Medien zu erklären.

Sie gehen einen anderen Weg, Sie stellen eine große Gruppe von Menschen unter Generalverdacht, gefährliche mit psychische Problemen belastet Personen die alle paar Jahre nachweisen sollen warum Sie Waffen besitzen wollen, nur um eine bekannte gefährliche Minderheit zu schützen.

Offenbar ist die EU, die EU Kommission nicht in der Lage Probleme auf einem verständlichen Weg zu lösen, das beste Beispiel ist die Flüchtlingskrise Brauchen Sie einen Erfolgt?

 Sie schaffen eher Probleme bzw. sind nur der Anwalt der Wirtschaft, siehe Glühlamperverbot – jedem Haushalt seinen gefährlichen Sondermüll durch „Energiesparlampen“.

Das Beklagen und Verurteilen der nationalen Grenzkontrollen, da es der Wirtschaft schadet, TTIP Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit, Steuervorteile für Großfirmen vor allem in Luxemburg – Hr. Junker ?.

Ganz interessant ist auch die Meinung des englischen Premierministers zu diesem Thema, er ist natürlich auch für eine Verschärfung des Waffenrechtes, was soll in England noch verschärft werden, das Verbot von Macheten, damit Islamisten keine Soldaten mehr zu Tode hacken können ?

Sie als EU werden für den normalen Staatsbürger – nicht mehr EU Bürger, das ist schon fast zum schämen, immer unglaubwürdiger. Ihr Scheitern bejammert Sie noch mit der Aussage, das die Bürger bei Wahlen immer mehr Rechte und populistische Parteien wählen, ja was sollen sie denn tun.

Vor dem Fernseher sitzen und warten bis Sie allen Bürgern Datenarmbänder vorschreiben, damit Wir überwacht und kontrolliert werden können.

Sie müssen einmal einsehen, dass gegen Personen die sich nicht an bestehende Gesetze und Vorschriften halten, mit der Härte der bestehenden Gesetze vorgegangen werden muss.

Auch wenn es sich um Personen mit Migrationshintergrund oder andere Minderheiten egal ob ethnisch oder religiöse Gruppen handelt. Ich darf auf Anweisungen der Polizeibehörden in Köln verweisen, die vor dem 31.12.2015 erlassen wurden und den „sanften“ Umgang mit Asylwerbern und Migranten regelten.

Das beste Beispiel haben die Vorfälle in Köln geliefert und die die Verantwortlichen damit umgegangen sind, die AfD freut sich, etwas Besseres konnte dieser Partei nicht passieren.

Wo sind die Stimmen der linken Frauenrechtlerinnen und sonstiger Organisationen die sonst immer sofort mit Diskriminierungs- und Nazivorwürfen zur Stelle sind. Wir in Österreich haben die FPÖ und was aus dieser Partei seit dem EU Beitritt Österreichs geworden ist, können Sie in jeder Zeitung nachlesen.

Auch in Österreich hat ein „Presserat“ die Empfehlung gegeben, die Nationalität von Verdächtigen nicht mehr zu nennen um die Bevölkerung nicht aufzuhetzen oder zu beunruhigen. Das Gegenteil ist eingetreten. Offenbar sind Sie und die meisten Politiker in Europa nicht in der Lage aus der Geschichte zu lernen, ich kann nur die Worte eines berühmten österreichischen Kanzlers, Dr. Kreisky zitieren „Lernen Sie Geschichte „ vor allem die Zeitspanne zwischen 1927 bis 1939.

Ich weiß ich schreibe alleine aber ich spreche für viele, ist es wert eine Gruppe von Menschen unter Generalverdacht zu stellen und zu diskriminieren für die Ideen einzelner.

Die Verschärfung der Waffenrechtrichtlinie haben sich nur einige Wenige ausgedacht und sie wird in den Ländern in denen die Anschläge und Vorbereitungshandlungen passierten nichts ändern.

Sie wird keine einzige illegale Waffe weniger in den Händen von Terroristen oder Kriminellen bedeuten.

Das beste Beispiel ist England, wo sich seit dem Waffenverbot, dass das Land sicherer machen sollte, Kinder und Jugendliche mit illegalen Pistolen gegenseitig umbringen. Aber wie sagte schon Winston Churchill „ Traue keiner Statistik die du nicht selbst gefälscht hast“, daher werden diese Tatsachen elegant übersehen.

Durch Ihre Maßnahmen werden nur einige Hundertausend Bürger Kriminalisiert, enteignet und Diskriminiert, ein Wählerpotential für Anti-EU Parteien. Vielleicht gibt es in absehbarer Zeit auch eine „Orbanisierung“ der EU und ihrer Institutionen.

Die Fraktion der rechten Parteien im EU Parlament wird es Ihnen danken, vielleicht kehrt doch noch die Vernunft ein.

 Hochachtungsvoll

 ( Leopold Wagner )